

TÜRKEI

JAN SENKYR

14. März 2011

www.kas.de/tuerkeiwww.kas.de

Türkei bereitet sich auf Wahlen vor

Mit dem Rücktritt der Minister des Inneren, der Justiz und des Verkehrsministers am 8. März 2011 hat in der Türkei die offizielle Vorwahlzeit begonnen. Zuvor beschloss das Parlament, den Tag für den nächsten nationalen Urnengang auf den 12. Juni 2011 festzulegen. Bis zum 16. März müssen alle zur Wahl zugelassenen Parteien ihre Wahlprogramme und Kandidatenlisten dem Obersten Wahlrat vorgelegt haben. Bis dahin wird das Parlament noch legislative Arbeit leisten, danach wird der Wahlkampf die politische Tagesordnung bestimmen.

Der Rücktritt der drei Ressortminister für Inneres, Justiz und Verkehr wird im Artikel 114 der türkischen Verfassung vorgeschrieben. Damit soll verhindert werden, dass die Regierung vor den Wahlen Gesetze erlässt, die der Regierungspartei mögliche Vorteile im politischen Wettbewerb verschaffen könnten. Bis zur Ernennung einer neuen Regierung werden diese Ministerien von unpolitischen Bürokraten geführt, im konkreten Fall von den jeweiligen Staatssekretären. Neben den Ministern müssen aber auch all jene Kandidaten, die ein Staatsamt oder eine hohe öffentliche Funktion bekleiden, von ihren Ämtern zurücktreten. Dies betrifft den öffentlichen Dienst, Gewerkschaften, Verbände, staatliche Betriebe und Banken.

Die Wahlen zur Großen Türkischen Nationalversammlung am 12. Juni werden einige Neuerungen betreffen. Dank der Verfassungsänderung von 2007 dürfen sich erstmals Kandidaten ab einem Alter von 25 Jahren für ein Parlamentsmandat bewerben. Bei einer jungen Gesellschaft wie der türkischen betrifft dies eine zahlenmäßig große Bevölkerungsgruppe. Erstmals in der Ge-

schichte der Republik dürfen Wahlkampagnen in anderen Sprachen als Türkisch geführt werden, dies ist vor allem in den kurdischsprachigen Wahlbezirken im Südosten der Türkei von großer Bedeutung. Die bisherigen hölzernen Wahlurnen werden durch transparente Plastikboxen ersetzt und Wähler können ihre Stimme ohne Identitätsausweis nach Angabe Ihrer Identitätsnummer abgeben. Auch dies ist vor allem in den ländlichen Gebieten im Osten und Südosten vorteilhaft.

Nicht wählen dürfen indes türkische Staatsbürger im Ausland. Ein entsprechendes Urteil des Hohen Wahlrats (Yüksek Seçim Kurulu –YSK) sorgte bei Premierminister Recep Tayyip Erdoğan und seiner Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei AKP für großen Ärger. Von den etwa 5 Millionen im Ausland lebenden Türken sind schätzungsweise 3 Millionen wahlberechtigt, allein in Deutschland könnten über 1,6 Millionen türkische Staatsbürger ein Stimmrecht haben. Dies ist ein erhebliches Wählerpotenzial, zumal viele Beobachter davon ausgehen, dass eine Mehrheit dieser Menschen konservativ - und damit AKP - wählen würde. Ein Gesetz der AKP-Regierung, wonach im Ausland lebende Türkei per Briefwahl oder E-Mail abstimmen können, wurde vom Türkischen Verfassungsgericht im Frühjahr 2008 annulliert. Erdoğan und sein Kabinett ließen deshalb Vorbereitungen einleiten, um zumindest eine Stimmabgabe an den türkischen Botschaften und Konsulaten zu ermöglichen. Dies erfordert neben technischen Vorkehrungen auch Sicherheitsmaßnahmen, die mit dem jeweiligen Gastland abgestimmt werden müssen. Für Premier Erdoğan war es deshalb besonders ärgerlich, dass er über die negative Entscheidung des Wahl-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TÜRKEI

JAN SENKYR

14. März 2011

www.kas.de/tuerkei

www.kas.de

rats während seines Deutschlandbesuches am 28. Februar 2011 erfuhr. „Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte uns, dass es von deutscher Seite keine Probleme mit dieser Angelegenheit (Stimmabgabe an Botschaften und Konsulaten) gibt. Die Wahlbehörde traf ihre Entscheidung, während ich noch darüber Gespräche (in Deutschland) führte. Wollen sie mich sabotieren?“ wurde Erdoğan in den türkischen Medien zitiert. Die Wahlbehörde YSK begründete Ihre Entscheidung damit, dass bis zum Wahltermin nicht genügend Zeit für die technischen und sicherheitsrelevanten Vorkehrungen vorhanden sei und berief sich dabei auf ein entsprechendes Gutachten des Außenministeriums. Die türkische Regierung will trotzdem prüfen, ob das Urteil von YSK noch angefochten werden kann. Sollte es bei der aktuellen Regelung bleiben, müssten im Ausland lebende Türken in die Türkei reisen, um an den Grenzübergängen ihre Stimme abgeben zu können.

Der Auftritt des türkischen Premierministers und AKP-Vorsitzenden vor seinen Landsleuten im Düsseldorfer ISS Dome am 27. Februar 2011, der in Deutschland auf viel Kritik gestoßen ist, hatte eine starke wahlkämpferische Komponente. Einerseits konnte die für die AKP interessante konservative Wählerzielgruppe in Deutschland direkt durch den charismatischen Wahlkämpfer Erdoğan angesprochen werden, andererseits wurde an die Wählerschaft in der Türkei das klare Signal gesendet, der türkische Premierminister setzt sich nachdrücklich für die Rechte der Türken im Ausland ein. Die Haltung des türkischen Staates zu seinen Bürgern im Ausland ist seit längerem eindeutig: sie sollen der Türkei gegenüber loyal und verbunden bleiben („ihre Identität bewahren“). In diese Richtung arbeiten türkische Institutionen im Ausland: die Auslandsvertretungen, Konsulate, die Religionsbehörde Diyanet (in Deutschland DİTİB), Kultureinrichtungen und Vereine. Anfang 2010 wurde beim Premierministeramt in Ankara ein eigenes Amt für Auslandstürken errichtet, das von Staatsminister Faruk Çelik geleitet wird. Çelik ist im Kabinett Erdoğan's auch für die Religionsbehörde Diyanet sowie die Entwicklungsagentur TİKA zuständig.

Die Rede Erdoğan's in Düsseldorf fand in den türkischen Medien relativ wenig Aufmerksamkeit, da die Berichterstattung vom plötzlichen Tod des früheren Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan dominiert wurde. Erbakan, der am 27. Februar im Alter von 84 Jahren an Herzversagen starb, hatte 1969 die islamistische Bewegung Milli Görüş gegründet und wird als Geistesvater des politischen Islam in der Türkei bezeichnet. Er gilt zudem als politischer Ziehvater einiger heutiger Spitzenpolitiker der AKP, vor allem des jetzigen Ministerpräsidenten Erdoğan. Dieser trennte sich jedoch von seinem Mentor und gründete 2001 gemeinsam mit Abdullah Gül und weiteren ehemaligen Weggefährten Erbakans die AKP. Erbakan versuchte zwar, mit der eigenen „Glückseligkeitspartei“ (Saadet Partisi) weiterhin im Politikgeschäft zu bleiben, spielte aber fortan nur noch eine Nebenrolle. Bei den kommenden Wahlen im Juni gilt als wahrscheinlich, dass viele der Stimmen von Erbakans Glückseligkeitspartei an die AKP übergehen werden.

Der Ausgang der Parlamentswahlen kann zwar noch nicht vorausgesagt werden, die Chancen für einen erneuten Sieg Erdoğan's und seiner AKP stehen aber gut. Die Regierungspartei setzt ihr eigenes Wahlziel mit 58 Prozent (so viele Stimmen erhielt die AKP für ihr Reformpaket beim Referendum im September 2010) zwar unrealistisch hoch an, ein Ergebnis deutlich über 40 Prozent scheint aber nicht unmöglich. Die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP) ist zwar nach einem Führungswechsel mit ihrem neuen Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu darum bemüht, außerhalb der säkular-kemalistischen Stammwählerschaft neue Wählergruppen zu erschließen, in Meinungsumfragen kommt sie jedoch auf höchstens 25-30 Prozent der Stimmen. Sollte die zweite Oppositionspartei, die Nationalistische Aktionspartei MHP, an der 10-Prozent-Hürde scheitern und nicht wieder ins Parlament einziehen, würde die AKP vermutlich über eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten verfügen. Die MHP liegt in Umfragen zurzeit bei 10-12 Prozent und die AKP ist sehr darum bemüht, Wähler aus dem national gesinnten Lager abzuwerben. Die Stimmung könnte jedoch zu Gunsten der MHP kippen, sollte es vor den Wahlen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TÜRKEI

JAN SENKYR

14. März 2011

www.kas.de/tuerkei

www.kas.de

zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage (z. B. durch Terroranschläge) kommen. Ende Februar hatte die terroristische kurdische Arbeiterpartei PKK ihren Waffenstillstand im Kampf gegen die türkische Regierung für beendet erklärt. Zwar sollen keine offensiven Aktionen geplant sein und lediglich die Verteidigung gestärkt werden, die Lage bleibt jedoch fragil. Laut Angaben des Hohen Wahlrats sind insgesamt 27 Parteien zu den Wahlen zugelassen, nur drei davon haben jedoch eine realistische Chance, ins Parlament zu kommen.

Sollte die AKP erneut einen klaren Wahlsieg erzielen, ist sie uneingeschränkt als politisch dominante Kraft im Land etabliert. In den neun Jahren ihrer bisherigen Regierungszeit hat die Partei systematisch und konsequent ihre Präsenz und ihren Einfluss in den staatlichen Strukturen ausgebaut und ihre Machtposition gefestigt. Dank der fortschrittlichen Reformpolitik in den Anfangsjahren und einer für die Türkei ungewöhnlich langen Phase der politischen Stabilität hat sich das Land wirtschaftlich gut entwickelt und spürbar demokratisiert. Allerdings gibt es auch einige aktuelle Entwicklungen, die sowohl von innen- als auch von außenpolitischen Beobachtern mit Sorge verfolgt werden. So bestehen zunehmend Zweifel über die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei. Jüngste Verhaftungen von renommierten Journalisten wegen angeblicher Mitgliedschaft in terroristischen Netzwerken, eine Welle von Klagen und Ermittlungen gegen Karikaturisten, Reporter und Kolumnisten wegen Verleumdung und antistaatlicher Propaganda, exorbitante Steuerstrafen gegen regierungskritische Medienunternehmen sowie medienkritische Äußerungen von Politikern geben den Anlass dazu. In der jährlichen Rangliste der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ ist die Türkei mittlerweile auf Platz 138 von 178 Ländern zurückgefallen. Laut Angaben des türkischen Justizministeriums sind zwischen Juni 2007 und Oktober 2009 Gerichtsverfahren gegen 4.139 Journalisten eingeleitet worden, über 60 befinden sich derzeit in Haft, 20 wurden verurteilt. Es gibt aber auch eine Reihe anderer Mängel, insbesondere in Bezug auf die Religionsfreiheit, Minderheitenrechte, Frauenrechte, Rechtsstaatlichkeit etc, die von nati-

onalen und internationalen Beobachtern (EU-Kommission, Europäisches Parlament) angeprangert werden.

Vor der neuen Regierung nach den Wahlen steht deshalb eine Reihe von wichtigen Aufgaben und Herausforderungen. Ein vorrangiges Ziel auf der politischen Agenda wird voraussichtlich die Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung sein. Premier Erdoğan und andere Regierungspolitiker haben angekündigt, dass die Frage einer neuen Verfassung unmittelbar nach den Wahlen als erstes aufgegriffen wird. Sie solle jedoch nicht von einer Expertenkommission oder von Juristen verfasst werden, sondern direkt vom Volk. Zu diesem Zweck hat die Regierung mehrere Studien in Auftrag gegeben, die die Meinung und Ansichten der Bevölkerung untersuchen sollen. Die Ergebnisse sollen dann im neuen Verfassungstext aufgenommen werden. In diesem Zusammenhang könnte auch die Rolle der Religion in Politik und Gesellschaft neu definiert werden. In Fachkreisen wird ferner darüber spekuliert, ob mit einer neuen Verfassung auch das politische System in der Türkei geändert werden könnte. Ministerpräsident Erdoğan hat sich mehrmals öffentlich für die Einführung eines Präsidialsystems nach dem Beispiel der USA stark gemacht. Ihm werden selbst Ambitionen auf die Präsidentschaft nachgesagt. Vorher muss jedoch die Länge der Amtszeit des jetzigen Amtsinhabers Abdullah Gül geklärt werden. Gül wurde zwar 2007 vom Parlament für einmalig sieben Jahre zum Staatspräsidenten gewählt. Kurz darauf wurde jedoch die Verfassung geändert und eine Direktwahl des Präsidenten mit einer (zweimal) fünfjährigen Amtszeit eingeführt. Ob diese Regelung rückwirkend für Gül gilt, wird der Hohe Wahlrat entscheiden. Bei einer Direktwahl wäre jedenfalls Erdoğan als Präsidentschaftskandidat unangefochten.